

Regierung lädt zu Runden Tisch – Sozialexperten halten ein Modell bis Herbst für machbar

Es wird ernst mit Harmonisierung

Pensionsreform, zweiter Teil: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat die Sozialpartner, nicht die Opposition, für heute Abend zu einem Runden Tisch eingeladen. Es wird angestrebt, erste Abklärungen zur Harmonisierung der Pensionssysteme zu treffen, die ja Ende des Jahres beschlussreif sein soll.

Neben dem Bundeskanzler und Vizekanzler Herbert Haupt werden ÖGB-Chef Fritz Verzetnitsch, Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Rudolf Schwarzböck, sowie AK-Präsident Herbert Tumpel zum Runden Tisch um 19.30 Uhr erwartet. Der AK-Präsident ließ seine Teilnahme gestern gegenüber der „Wiener Zeitung“ noch offen, da er an der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer heute und morgen in Vorarlberg teilnimmt.

Gestern Vormittag versicherte ÖVP-Generalsekretär Lopatka vor Journalisten noch, die Einladung zum Runden Tisch wer-

de zeitgerecht kommen und dieser werde sicher noch im Juni sein. Am Nachmittag wurde dann der Termin für heute fixiert.

ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch will sich dort aber nicht „im Kreis schicken lassen“. Der ÖGB werde sicher kein Schutzschild für Schlagworte zur Harmonisierung sein, ohne dass diese mit Qualität und Inhalten erfüllt würden, sagte er. Bei der heutigen Begegnung mit der Regierung werde es darum gehen, die politischen Ziele zu fixieren.

Für eine „Scheinharmonisierung“ der verschiedenen Pensionssysteme werde die SPÖ nicht zur Verfügung stehen. Darauf verständigte man sich am Montag im SPÖ-Präsidium, noch ehe eine Einladung an die Sozialpartner, nicht aber an SPÖ und Grüne, ergangen war. Verärgert zeigte sich der SPÖ-Chef, dass dem Verlangen von 400.000 Bürgern nach einer Volksabstimmung zur Pensionsreform nicht statt gegeben wurde, wobei die FPÖ dagegen gestimmt habe.

FPÖ-Vize Max Walch trat auch gestern für eine Volksbe-



SPÖ-Chef Gusenbauer verweist auf Unterschriften für eine Volksabstimmung. Foto: APA

fragung ein, wenn die Harmonisierung der Pensionssysteme durch den Widerstand der Opposition oder der Gewerkschaft nicht rasch realisiert werden kann.

Die Pensionsexperten halten es für machbar, bis Herbst – so wie der Plan der ÖVP das vorsieht – ein Modell auszuarbeiten. Allerdings müsse die Regierung sehr lange Übergangsfristen, bis zu 30 Jahren, vorsehen. Sozialrechtler Wolfgang Mazal plädiert für eine langsame, schrittweise Angleichung, weil zusätzlich Änderungen im



Bundeskanzler Schüssel redet zuerst einmal nur mit den Sozialpartnern. Foto: AP

Steuersystem, im Dienstrecht für Beamte, aber auch für Bauern und Gewerbetreibende notwendig seien. Sozialexperte Bernd Marin plädierte für sein Modell, dass jeder seine bisher erworbenen Pensionsansprüche behält und ab kommendem Jahr ein einheitliches Modell gilt, sodass jeder Beamte etwa sowohl im alten als auch im neuen System ist.

Theodor Tomandl, Leiter der Pensionsreform-Kommission, wies darauf hin, dass durch eine Harmonisierung am Anfang zusätzliche Kosten entstehen.

In Vorarlberg hat man bereits im Vorjahr die Beamten in das ASVG-System integriert. Das wäre laut Landeshauptmann Herbert Sausgruber für den Bund zu teuer. Seine Alternative: Die Gehälter sollten dem ASVG gleichgestellt werden ohne Beiträge an die Pensionskasse zu entrichten. Der Bund müsste das dann selbst übernehmen. In der Umstellungsphase würden damit keine so drastischen Mehrkosten entstehen, sondern erst, wenn diese ASVG-Beamten in Pension gehen. red